

Artikel vom 07.08.2023

Staatsministerin Judith Gerlach MdL informiert

Bayerische Sozialministerin besucht Lebenshilfe-Werkstatt in Aschaffenburg



Aschaffenburg. Auf Einladung der Landtagsabgeordneten und Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach (Weiberbrunn), sowie des stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Winfried Bausback, MdL, Staatsminister a.D., besuchte die Bayerische Sozialministerin, Ulrike Scharf, MdL, die Lebenshilfe Werkstätten e. V. Schmerlenbach am Standort Ansbacher Straße in Aschaffenburg.

Judith Gerlach begrüßte den Besuch der Sozialministerin und betont: „Die Politik für Menschen mit Behinderung ist seit Langem ein Schwerpunkt bayerischer Sozialpolitik. Hier am Bayerischen Untermain bieten die Lebenshilfe Werkstätten und viele andere Organisationen ein breites Angebot, um Betroffene zu fördern sowie ihre Angehörigen zu entlasten. Das unterstützt der Freistaat Bayern.“

Exemplarisch für alle Werkstätten der Lebenshilfe am Untermain konnte sich Ministerin Scharf bei einer Führung durch die Werkstätte für Menschen mit Behinderung durch Timo Buhleier, einen dort Beschäftigten, von der Bedeutung dieser Einrichtungen überzeugen. Darüber hinaus zeigte Martin Franz, stellvertretender Geschäftsführer und Bereichsleiter Werkstätte der Lebenshilfe eine Präsentation über die Arbeit der Werkstatt.

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf betont: „Ich setze mich für einen inklusiven Arbeitsmarkt ein.“

Berufliche Inklusion ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe. Sie geben in den Werkstätten Menschen mit Behinderung die Chance, ihre Talente einzubringen. Die Werkstätten sind ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt und wichtig für das soziale Miteinander.“

Winfried Bausback ergänzt: „Menschen mit Behinderung gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Die Werkstätten der Lebenshilfe Schmerlenbach leisten seit ihrer Gründung im Jahr 1971 einen beeindruckenden Beitrag.“

Im Anschluss an die Führung fand ein reger Austausch mit Vertretern unterschiedlicher Organisationen statt, die sich für Menschen mit Behinderung engagieren. Staatsministerin Scharf konnte so anhand vieler Beispiele aus der Praxis am Untermain Fragen und Anregungen mit nach München nehmen.